Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Februar 2021 Nr. 02 · 17. Jahrgang

Endlich Soforthilfen für Arme!

Gemeinsam sind Ende Januar 2021 der Paritätische, die Volkssolidarität, ver.di und weitere Vereine und Verbände mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit gegangen, der finanzielle Soforthilfen für Arme fordert. DIE LINKE. Brandenburg steht hinter den Forderungen, erklärte Co-Landesvorsitzende KATHARINA SLANINA:



Foto: istockphoto

"Solidarität muss in der Krise gerade die finanziell Schwächsten in der Gesellschaft in den Blick nehmen. Die Hartz IV-Regelsätze reichen schon unter normalen Umständen nicht zum Leben aus. Die zuletzt erfolgte Erhöhung um 14 Euro war weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein. In der Pandemie sind die Lebenshaltungskosten in vielen Bereichen massiv angestiegen. Auch die aktuelle Pflicht zum Tragen medizinischer Masken ist im Regelsatz nicht abgebildet. Berlin und Thüringen gehen hier voran und geben zumindest die Masken kostenlos an Bedürftige aus. Dabei allein kann es aber nicht bleiben.
Zu Recht fordern die Verbände eine bedarfsgerechte Anhebung des Regelsatzes auf mindestens 600 Euro und einen Zuschlag für die Dauer der Pandemie von 100 Euro. Diese Maßnahmen müssen jetzt umgesetzt werden. Auch Kinder in benachteiligten Familien müssen endlich mit den nötigen Lernmitteln für den Distanzunterricht ausgestattet werden, einschließlich der erforderlichen Endgeräte. Die Nachteile, die ihnen jetzt durch mangelnde Teilhabe entstehen, wirken dauerhaft nach. Das gilt es zu verhindern!
Neben dem richtigen und notwendigen Schutz der Wirtschaft müssen endlich die Menschen in den Fokus genommen werden. Deshalb unterstützen wir den erneuten Vorstoß der Sozialverbände."

Das Gedenken ist ein Auftrag zum Antifaschismus

Anlässlich der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz im Jahr 1945 durch die Rote Armee gedachte DIE LINKE. Potsdam der Opfer des Faschismus am 27. Januar 2021. So legten Mitglieder des Kreisvorstandes und der SVV-Fraktion der LINKEN am OdF-Denkmal auf dem Platz der Einheit ein Blumengebinde nieder (Foto rechts).
Weiter gedachten der Kreisvorstand und die Fraktion dem 2009 verstorbenen Auschwitz-Überlebenden Willi Frohwein auf dem nach ihm benannten Platz am Babelsberger Findling (linkes Foto). Der Willi-Frohwein-Platz wird derzeit zu einem neuen Gedenkort umgestaltet.
Katja Kipping und Bernd Riexinger, Vorsitzende der Partei DIE LINKE erklärten zum internationalen Holocaust-Gedenktag am 27. Januar: "Auch heute noch muss uns dieser Tag in besonderem Maße daran erinnern, wohin es führt, wenn man den radikalen Rechten, den Rassisten und Faschisten nicht entschieden entgegen tritt. Und auch wenn die Konzentrationslager befreit wurden, die ideologischen Grundlagen dieses grausamen Systems sind bei weitem nicht überwunden. Wir sehen, wie Rechte sich auf der Straße organisieren. Wir wissen, dass sie Menschen ermordet haben, in Kassel, in Hanau, in Halle und in den Jahren davor in der ganzen Republik. Dass sie durch die AfD auch den Bundestag als ihre Bühne nutzen, ist immer wieder schwer zu ertragen.
Für uns als Linke ist das Gedenken deshalb ein klarer Auftrag, unerschrocken antifaschistisch zu sein. In Parlamenten ebenso wie im Alltag. Für uns gilt auch deshalb: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!"





In dieser Ausgabe

2 LINKS informiert
Gebt die Impfpatente frei / Feuerwehr-Bilanz 2020

3 LINKS bewegt
Kommentar: Staatsschulden / Kämpferisch ins Superwahljahr

4 LINKS im Kalender
1848 - Manifest erschienen / 1945 - Inferno Dresden / 2006 - Otto Wiesner verstorben

5 LINKS im Rathaus
Zum Bericht Ernst-von-Bergmann-Klinikum / Kita-Kinder brauchen eine Perspektive / Museum erweitert / Karl & Rosa - unvergessen

6 LINKS DIREKT
7 Rente 2021 - was kommt, was bleibt, was sich ändert / Mit neuen sozialen Mehrheiten HARTZ IV beerdigen / Keine Verhandlungen mit den Hohenzollern! / Kinderrechte – Ende gut, alles gut?

8 DIE LETZTE SEITE
2020 war rekordwarmes Jahr / Alexanderhaus und DDR-Kunst / Heiraten im Belvedere / Das Instrument des Jahres

Gebt die Impfpatente frei!



FOTO: imago image

Die Diskussionen um die Covid-Impfstoffe reißen nicht ab. Fest steht: Derzeit kommen die Hersteller nicht mir der Produktion hinterher. Die Nachfrage ist viel größer als die Produktionskapazitäten von BioNTech/Pfizer, Moderna und Co. Zwar wird BioNTech demnächst einen weiteren Produktionsstandort bei Marburg eröffnen, doch wird das kurzfristig nichts an der Unterversorgung ändern. Zumal viele Länder in Afrika, Südamerika und Asien in absehbarer Zeit kaum Zugang zu Impfstoffen haben werden. 70 ärmere Länder werden in diesem Jahr nur zehn Prozent ihrer Bevölkerung gegen Covid-19 impfen können, warnen Organisationen wie Oxfam und Amnesty International. Denn die reichen Länder haben sich einen Großteil der Impfstoffe gesichert. Doch angesichts von Coronavirus-Mutationen, die etwa in Großbritannien eine neue Welle an Infektionen verursachen, wird die Impfung auch für Zehntausende Westeuropäer*innen zu spät kommen. Die Produktion muss so schnell wie möglich hochgefahren werden.

Die Bundesregierung muss handeln

Die Linksfraktion im Bundestag fordert daher, die Patente für Impfstoffe freizugeben, denn weder wirtschaftliche noch nationale Interessen dürfen die Bekämpfung der Pandemie beeinträchtigen. So soll „die Bundesregierung alle gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Produktionskapazitäten für Impfstoffe im In- und Ausland zu erhöhen“, heißt es in einem Antrag, den die Linksfraktion beschlossen hatte. Das ist keine weltfremde Forderung, sondern in Deutschland sogar gesetzlich möglich. So verweisen die Autor*innen des Antrags auf das Infektionsschutzgesetz, wonach das Bundesgesundheitsministerium neuerdings anordnen kann, „dass eine Erfindung gemäß § 13 Absatz 1 Patentgesetz ungeachtet eines bestehenden Patentschutzes benutzt werden soll“. So kann die Bundesregierung die Hersteller von Impfstoffen „im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt“ veranlassen, Lizenzen an andere Firmen zu vergeben, um die Produktionskapazitäten zu erhöhen und auch die Preise für die Impfstoffe festlegen.

Die Pandemie international bekämpfen!

„Natürlich muss das Missmanagement der Bundesregierung bei der Bestellung und Verteilung der Impfstoffe beendet werden, aber das reicht nicht aus“, unterstreicht Achim Kessler, der gesundheitspolitische Sprecher der Linksfraktion. Die Pandemie könne nicht in einzelnen Ländern oder Kontinenten bekämpft werden, sondern nur global. Das zeigt der Blick auf die Zahlen: Weltweit haben sich mehr als 91 Millionen Menschen infiziert, von denen fast zwei Millionen die Infektion nicht überlebten.
Und so fordert der Antrag, „ärmeren Ländern den Zugang zu Impfstoffen zu ermöglichen“. Zudem soll die Bundesregierung die Initiative der Regierungen Indiens und Südafrikas unterstützen, „auf einige der Verpflichtungen aus dem TRIPS-Abkommen zum Schutz und zur Durchsetzung von Patenten, Urheberrechten und verwandten Schutzrechten (...) zur Bekämpfung der Corona-Pandemie so lange zu verzichten, wie diese andauert.“ Die Zeit drängt! Der Antrag wird bereits am Donnerstag eingebracht.

Fabian Lambeck

Informationen der Redaktion

Die Märzausgabe von „Potsdams anderen Seiten“ erscheint am 5. März 2021. Redaktionsschluss ist dann am 20. Februar 2021.

Die Redaktion

IMPRESSUM
„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Martina Trauth, Roland Gehrmann** Vorsitzende. Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION: Bernd Martin (V.i.S.d.P.); **Layout, Sophie Sumburane,** Redaktionssekretariat; Tel.: 0176 – 32 79 36 59 (d.); email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG.

Ein anspruchsvolles Jahr für die Potsdamer Feuerwehr

Die Potsdamer Feuerwehr hat am 11. Januar 2021 ihre Bilanz für 2020 veröffentlicht. Demnach gab es im vergangenen Jahr mit insgesamt 25.645 Einsätzen gut 400 weniger als im Vorjahr. Großeinsätze waren bspw. der Brand in einer Tiefgarage in Klein Glienicke, der Gebäude-Vollbrand in Babelsberg und die Brandserie in der Industriebrache in der Glasmeisterstraße. „Das Jahr 2020 war anspruchsvoll“, resümiert Feuerwehrchef Ralf Krawinkel. „Alle Einsätze haben wegen Corona ein noch höheres Maß an Disziplin und Aufmerksamkeit gefordert.



Die Arbeit der Feuerwehr in Zahlen:

Von den 25.645 Gesamteinsätzen entfielen 18.051 Einsätze auf die Notfallrettung (-5,89% zum Vorjahr) und 2.346 Einsätze auf den Krankentransport (-7,67% zu 2019). Einsätze mit dem Stichwort „Corona“ waren 611 zu bewältigen. Durch die angespannte Lage in den medizinischen Einrichtungen mussten im Jahr 2020 deutlich mehr Verlegungsfahrten zwischen den Krankenhäusern abgewickelt werden. Hier stiegen die Einsatzzahlen um 38,85 Prozent deutlich auf 1.158.
Zu Einsätzen der technischen Hilfeleistung und zur Brandbekämpfung rückte die Feuerwehr Potsdam insgesamt 2.482 (-1,86%) mal aus. Dabei steigerten sich die Brandeinsätze um 11,32% auf 472 Fälle. Die Fehlalarme gingen erfreulicherweise um 9,86% auf 622 zurück.
Durchschnittlich 80 mal pro Tag rückte der Rettungsdienst im Jahr 2020 von einem der drei Standorte aus. Für die Corona gerechte Hygiene wurden rund 430 Liter Händedesinfektionsmittel (+353%) und 45.000 Liter Flächendesinfektionsmittel (+300%) verbraucht.
Die Fahrzeuge der Feuerwehr rückten im Schnitt 6,81 mal täglich zu Einsätzen im Stadtgebiet aus. Der höchste Tageswert 2020 lag bei 16 Feuerwehreinsätzen. Die Einsatzstelle mit der längsten Einsatzdauer war nach 12 Stunden und 37 Minuten abgearbeitet.
Brandtote gab es 2020 nicht zu beklagen, ebenso musste die Feuerwehr bei größeren Waldbränden nicht wie 2018/19 unterstützen und auch von schweren Stürmen oder Starkregenereignissen blieb Potsdam verschont. Dagegen gab es eine hohe Anzahl an Wasserrettungseinsätzen im Sommer und umfangreiche technische Hilfeleistungen bei Verkehrsunfällen.
Die Silvesternacht war ruhig in Potsdam - es gab nur 65 Einsätze - 48 für den Rettungsdienst und 17 Brandeinsätze. Das ist ungefähr die Hälfte des Aufkommens einer “gewöhnlichen” Silvesternacht.

Eine Staatsschulden- und Steuerdebatte tut not

Ein Kommentar zu Robert Habecks und Reiner Hoffmanns Debattenbeitrag in der FAZ

Grünen Co-Vorsitzender Robert Habeck und DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann haben dieser Tage in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung für einen entkrampfteren Umgang mit Staatsschulden plädiert. Gleichzeitig warnen sie die LINKE vor einer Steuerdebatte und verheddern sich dabei selbst in Widersprüche.

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, des notwendigen sozial-ökologischen Umbaus und der gewachsenen sozialen Ungleichheit verweisen Habeck und Hoffmann auf die hohen anstehenden Investitionen und widmen sich dem Verhältnis von Investitionen und Sparsamkeit und von Steuern zur Gerechtigkeit. Sie kommen zu der richtigen Erkenntnis, dass Deutschland den aktuellen Anstieg der Verschuldung angesichts seiner Wirtschaftskraft und den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gut verkraften kann. Dabei enthält der Beitrag sinnvolle Aspekte zu den Problemen der Schuldenbremsen im Grundgesetz und spricht sich für eine Reform mit Blick auf öffentliche Investitionen aus. Auch die rasche Rückkehr zur Schuldenbremse ab 2022 wird kritisiert.

Das ist ein Fortschritt. Allerdings wundert sehr, warum Habeck und Hoffmann prominent in der Überschrift des Artikels der Linken das Verheddern in Widersprüchen vorwirft und explizit vor einer Steuerdebatte warnen. Bekanntlich gibt es aus der LINKEn und Teilen der SPD die Forderung nach einer Vermögensabgabe und aus der SPD immer wieder die Forderung nach einem Corona-Soli aus der Einkommensteuer.



Umverteilen kann so einfach sein FOTO: Martin Henlein

Natürlich haben Habeck und Hoffmann Recht damit, dass die Schulden durch die Corona-Krise auch ohne eine Vermögensabgabe zu finanzieren sind. Die Zinslast beträgt derzeit unter zwei Prozent des Bundeshaushalts, vor der Finanzkrise lag sie noch bei 14,2 Prozent und das Zinsniveau wird auf absehbare Zeit niedrig bleiben. Die Schuldenstandsquote (Staatsschulden zum BIP) ist derzeit immer noch geringer als nach der Finanzkrise. Zudem hat die Europäische Zentralbank (EZB) einen Großteil der neu ausgegebenen Schulden in die Bücher genommen. Als Zentralbank kann sie in eigener Währung nie Pleite gehen. Natürlich hat dies alles auch Nebeneffekte, wie z.B. die zeitweise Börsenrallye trotz Coronakrise.Die infolge der Corona-Pandemie angewachsenen Staatsschulden sind nach wie vor tragbar und wie nach der Finanzkrise kann durch Wachstum und niedrige Zinsen und ohne rigide Ausgabenkürzungen langfristig herausgewachsen werden.

Mit ihrer Absage an eine Steuerdebatte würgen Habeck und Hoffmann eine Verteilungsdebatte ab, die jetzt und gerade vor der nächsten Bundestagswahl unbedingt notwendig ist. Die Parteien der Großen Koalition sind offensichtlich fest gewillt, bald nach der Wahl die Schuldenbremse wieder anzuwenden. Dies bedeutet, dass in der nächsten Legislatur die Steuern erhöht oder die Investitionen und Ausgaben für Soziales gekürzt werden müssen. Deswegen ist jetzt der genau richtige Zeitpunkt, um Flagge zu zeigen. Wir fordern daher eine Vermögensabgabe für Millionäre, um Druck aus dem Kessel zu nehmen und die Superreichen stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzuziehen.

Das größere Problem liegt ohnehin bei den Ländern, die einer rigideren Schuldenbremse als der Bund unterliegen und zugleich größere Finanzsorgen haben. Dafür brauchen wir die Vermögensteuer, denn die Vermögensabgabe geht verfassungsgemäß an den Bund. Selbst wenn die Schuldenbremse abgeschafft oder hinsichtlich Investition gelockert würde, gäbe es einen erheblichen Finanzbedarf für fehlende Personalausgaben (wie die vielen Personalengpässe im öffentlichen Dienst, in Schulen, der Verwaltung etc. zeigen). Diese lassen sich aber sinnvollerweise nicht über Kredite finanzieren, sondern über Steuern.

Im Jahr der Bundestagswahl wirkt die Warnung von Habeck und Hoffmann vor einer Steuerdebatte reichlich unpolitisch. Tatsächlich handelt es sich bei Hoffmann und Habeck aber um Vollblutpolitiker. Sicherlich ist der Beitrag in erster Linie machtpolitisch motiviert. Er ist einerseits ein Signal, dass der DGB nunmehr auf die Grünen statt die SPD setzt. Die Grünen scheinen darauf hinweisen zu wollen, dass sie mit der CDU, ggf. sogar mit Herrn Merz, kaum gewillt sind, über Verteilungsfragen in den Clinch zu gehen. Wie sie dann allerdings den Finanzierungsbedarf des Bundes und der Länder für den sozial-ökologischen Umbau aufbringen wollen, bleibt ein ungelöstes Geheimnis.

Fabio de Masi / Axel Troost (MdB)

Kämpferisch ins Super-Wahljahr

*Der politische Jahresauftakt der LINKEN ist normalerweise eine gute besuchte Veranstaltung. Hier treffen sich Genoss*innen und Freund*innen der LINKEN, um sich auf das neue Jahr einzustimmen. Doch die Corona-Pandemie machte der LINKEN hier einen dicken Strich durch die Rechnung. So wurde der Jahresauftakt am 10. Januar 2021 zu einem reinen Online-Event.*

Die beiden Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger setzten in ihren Auftaktreden die politischen Schwerpunkte für das Superwahljahr 2021 und stellten die wirtschaftlichen Leitlinien der LINKEN vor. „Das Jahr Corona hat uns auch gezeigt, die Politik der Nuller-Jahre, wonach der Markt alles regelt, ist erledigt“, unterstrich Kipping und betonte: „Der Weg raus aus der Krise kann nicht einfach in die alte Normalität von vor Corona führen. Schließlich basierte diese auf der doppelten Ausbeutung von Mensch und Natur. Doch genau diese Ausrichtung auf Profite macht eine Gesellschaft anfälliger für Krisen. Es ist also höchste Zeit, die Regeln zu ändern und umzusteuern.“

Bernd Riexinger versprach: „Wir werden mit aller Kraft dagegen kämpfen, dass die Kosten und Folgen der Krise auf die Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner- und Rentnerinnen abgewälzt, während die Superreichen noch reicher werden.“ DIE LINKE kämpfe, so Riexinger, für einen sozialökologischen Weg aus der Krise und eine klare Alternative zum Kurs der Regierung. Diese klaren Alternativen finden sich in einem gemeinsamen Papier der beiden Vorsitzenden, dass in Zusammenarbeit mit Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler und Bundesschatzmeister Harald Wolf entstanden ist. „Umsteuern jetzt. Für einen sozial-ökologischen Weg aus der Krise“, so der programmatische Titel des Papiers.



Weiterführende Links

https://www.youtube.com/watch?v=Qa9_v2y1Npo - *die Aufzeichnung des Neujahrsempfangs*

https://www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/umsteuern-jetzt-fuer-einen-sozial-oekologischen-weg-aus-der-krise/



1848 - Das „Manifest“ erscheint

„Ein Gespenst geht um in Europa - das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet, der Papst und der Zar, Metternich und Guizot, französische Radikale und deutsche Polizisten“, so beginnt es – das „Kommunistische Manifest“, veröffentlicht am 21. Februar 1848 in London.
Das Manifest der Kommunistischen Partei – oft nur „Manifest“ genannt – kann zurecht als eines der bedeutendsten Dokumente der Arbeiterbewegung angesehen werden. Auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus legten die damals erst 29 und 27 Jahre alten Karl Marx und Friedrich Engels ein Programm für den „Bund der Kommunisten“ vor. Es erschien kurz vor dem Ausbruch der Revolutionen von 1848 und verband die Analyse des aufsteigenden Kapitalismus mit der Lehre des Klassenkampfes und dem Streben für eine klassenlose Gesellschaft: dem Kommunismus. Grundlegende marxistische Prinzipien wie der Kampf der kommunistischen Partei für die Interessen der Arbeiterklasse, der revolutionäre Internationalismus und die materialistische Analyse des Staates finden sich bereits in der kurzen Schrift.
Diese Ausführungen wurden über die folgenden Jahrzehnte bis in die heutige Zeit die Leitlinien für revolutionäre Politik. Trotz aller Veränderungen in der politischen Landschaft ist das grundlegende System, der Kapitalismus, geblieben und so haben die im Manifest dargelegten Prinzipien bis heute nichts an Aktualität eingebüßt. Das „Manifest“ gehört heute noch zur Grundausstattung jede*r Revolutionär*in.

Bernd Martin

Bild - Sowjetische Briefmarke zum 100. Jubiläumsjahr

1945 – Gedenken in Dresden auch in diesem Jahr

Jährlich am 13. Februar erinnern die Dresdnerinnen und Dresdner gemeinsam mit zahlreichen Akteuren aus der Zivilgesellschaft an die Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg. In einem der größten Flächenbombardements des 2. Weltkriegs, der das Stadtgebiet auf einer Fläche von ca 15km² nahezu vollständig zerstörte, starben zwischen dem 13. und 15. Februar nach inzwischen gefestigten Schätzungen zwischen 18.000 und 25.000 Menschen, Gemeinsames Anliegen des Gedenkens ist es, ein Zeichen für den Frieden und gegen Gewalt und Kriegsherrschaft zu setzen.
Auch im Jahr 2021 soll das Gedenken an den 13. Februar 1945 stattfinden, wenn auch durch die Corona-Pandemie unter völlig anderen Voraussetzungen. Wegen der gegenwärtig sehr angespannten Pandemielage hat man sich verständigt, in diesem Jahr keine Menschenkette in der Dresdner Innenstadt durchzuführen. Stattdessen wird ein Gedenken im kleinen Rahmen am Abend des 13. Februar mit dem Oberbürgermeister und der Rektorin der Technischen Universität Dresden vorbereitet. Im Anschluss wird die Dresdner Philharmonie ein Gedenkkonzert per Livestream aus dem Kulturpalast spielen.

Bernd Martin



2006 - Otto Wiesner verstorben



Otto Wiesner – geboren am 14. August 1910 in Hamborn/Westfalen - war ein deutscher Kommunist und NS-Opfer sowie Schriftsteller. Der Sohn eines Bergarbeiters erlernte nach dem Besuch der Volksschule den Beruf des Schriftsetzers. 1926 wurde er Mitglied des KJVD und 1928 der Kommunistischen Partei Deutschlands. Wiesner wurde wegen seiner Mitgliedschaft und Aktivitäten in der KPD im September 1934 von der Gestapo verhaftet. 1936 wurde er wegen Hochverrats zu sieben Jahren Gefängnis und zu acht Jahren Ehrverlust verurteilt. Otto Wiesner wurde in das Konzentrationslager Sachsenhausen und später in das Konzentrationslager Mauthausen in Oberösterreich verschleppt. Erst 1945 wurde er bei dem Einmarsch der US-Armee befreit. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges engagierte er sich beim Neuaufbau einer neuen politischen Ordnung in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone. Er ging nach Berlin, meldete sich beim ZK der KPD in der Wallstraße und wurde nach Potsdam geschickt, wo er zu den Gründern antifaschistischer bzw. sozialistischer Jugendausschüsse im Land Brandenburg gehörte. Seit ihrer Konstituierung am 10. September 1945 war er auch Mitglied des Zentralen Antifaschistischen Jugendausschusses, dessen Leiter Erich Honecker war. Wiesner war Mitglied der KPD-Bezirksleitung und Jugendsekretär der KPD-Bezirksleitung Brandenburg und von 1946 bis 1950 Abgeordneter des ersten brandenburgischen Landtages nach dem Krieg. 1946 wurde er Mitglied der SED und war von 1946 bis 1948 Landesvorsitzender der FDJ in Brandenburg. Gleichzeitig war er bis 1949 Mitglied des Zentralrats der FDJ. Anschließend war er als Mitarbeiter im ZK der SED tätig. Von 1955 bis 1960 leitete er die Gedenkstätte für das Potsdamer Abkommen.
Seit 1960 war er als freier Schriftsteller tätig und kämpfte gegen nationalsozialistisches Denken. Er hielt an seiner kommunistischen Überzeugung fest. Am 9. November 2005 wurde Otto Wiesner – gemeinsam mit Willi Frohwein – die Ehre und Auszeichnung erteilt, sich in das Goldene Buch der Landeshauptstadt Potsdam einzutragen. Außerdem beantragte die Partei DIE LINKE im August 2010 in der Stadtverordnetenversammlung eine Straße oder einen Platz nach Otto Wiesner zu benennen.
Am 1. Februar 2006 starb Otto Wiesner in Potsdam. Er wurde auf dem Neuen Friedhof in der Heinrich-Mann-Allee beigesetzt.

Bernd Martin

Das Klinikum braucht einen Neustart

Untersuchungskommission legt Abschlussbericht vor



Im April vergangenen Jahres erlangte das Klinikum „Ernst von Bergmann“ bundesweit traurige Berühmtheit – als einer der ersten bundesweiten Corona-Hotspots in Krankenhäusern. Der Ausbruch kostete viele Leben, führte zur zeitweisen Schließung des gesamten Klinikums und brachte die Potsdamer Gesundheitsversorgung an ihre Grenzen. Erst Wochen später konnte das Klinikum nach einer grundlegenden Umstrukturierung schrittweise wieder ans Netz gehen.

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters setzte der Aufsichtsrat eine unabhängige Untersuchungskommission unter Leitung der früheren Gesundheitsministerin Anita Tack ein. Nachdem auch die Staatsanwaltschaft gegen die bisherige Geschäftsführung und drei weitere Chefärzte ermittelte, konzentrierte sich die Arbeit der Kommission denn auch nicht auf individuelle Verantwortlichkeiten, sondern auf die Prozesse, die zu dem Ausbruch führten. Nach mehr als einem halben Jahr liegt nun der Abschlussbericht vor. Er wurde am 19. Januar veröffentlicht und kann hier: https://egov.potsdam.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=32879 eingesehen werden.

Die Untersuchungskommission zeigt darin ein komplexes Bündel von Ursachen auf. Es gibt nicht den einen Grund, der zum Corona-Ausbruch und seinen Folgen führte – es sind viele Faktoren, die zum Geschehen beigetragen haben. Deutlich wird: es reicht nicht, ein Krankenhaus nur in kommunaler Hand zu halten – auch die Zielstellung muss stimmen. Mit der – von der Stadt seinerzeit gewollten – Orientierung auf Expansion und nicht allein Wirtschaftlichkeit, sondern Gewinnerzielung – erfolgte eine falsche Prioritätensetzung. Diese ging zu Lasten der Beschäftigten, aber eben auch der wichtigen Prozesse im Krankenhaus. Die Führungskultur wird als autoritär beschrieben – die kaufmännische Perspektive ging der medizinischen und pflegerischen vor. Auch die Rolle des Aufsichtsrates hinterfragt die Kommission kritisch.

Klar ist nach diesem Bericht eines: das städtische Klinikum „Ernst von Bergmann“ braucht eine Neuausrichtung und ein neues Zielbild. Eine gute Versorgung der Patient*innen muss Vorrang vor Expansion und Gewinnerzielung bekommen. Die drei Säulen Medizin, Pflege und kaufmännischer Bereich müssen in einer Geschäftsführung auf Augenhöhe gemeinsam arbeiten. Die Transparenz im Unternehmen und die Funktion der Aufsichtsgremien müssen gestärkt werden. Die Untersuchungskommission schlägt in ihrem Bericht auch einen Neubau des Krankenhauses vor. Die Stadt will über die notwendigen Schlussfolgerungen nun in einer Arbeitsgruppe beraten. Es kommt viel Arbeit auf die Stadtverordneten zu. Denn das Klinikum braucht einen verantwortungsbewussten Neustart!

Stefan Wollenberg, Fraktionsvors.
FOTO: Timo Beurich

Kita-Kinder brauchen eine Perspektive

Die Mehrheit der Fraktion kritisierte Anfang Januar die Fortsetzung der Kita-Schließungen in Potsdam und forderte deren unverzügliches Ende, solange die 7-Tage-Inzidenz mindestens 10 Tage unter 300 liegt. Potsdam hatte zu Beginn des 2. Lockdowns vor Weihnachten wie unter anderem die Prignitz und Oberspreewald-Lausitz die Kitas geschlossen. Andere Landkreise mit deutlich höheren Inzidenzen wie z.B. die Stadt Cottbus oder Elbe-Elster halten ihre Kitas weiterhin offen.

Auch die aktuelle Eindämmungsverordnung des Landes trifft im Gegensatz zu Schulen und Horten explizit keine einheitliche Regelung für Kitas, sondern bleibt beim Grundsatz der offenen Kitas mit Spielraum für die örtlichen Träger. Das unterschiedliche Vorgehen und die unterschiedlichen Bewertungsmaßstäbe schüren zu Recht Unverständnis und Unsicherheiten.

Die Schließung der Kitas bringt viele Familien an den Rand der Verzweiflung - Homeoffice und Homeschooling muss realisiert werden oder die Pflege kleinerer Geschwister. Dazwischen das Kita-Kind, das nicht notbetreuungsberechtigt ist und in die soziale Isolation gezwungen wird. Das wird weder dem Bildungsanspruch gerecht, noch ist es fair. Die Fehler des Frühjahrs, die man doch versprochen hatte, nicht zu wiederholen, werden wiederholt - verbunden auch mit allen Risiken für die betroffenen Kinder.



FOTO: Getty images

Erst auf Grund des Drucks von uns LINKEn und des Potsdamer Kitaelternbeirates wurde in einem 1. Schritt beschlossen, wenigstens Alleinerziehende in die Notbetreuungsberechtigung aufzunehmen. Eine weitere Woche später gab die Stadt einen Fahrplan für die Öffnung der Kitas bekannt. Nach diesem System soll nur noch bei roter Ampel die Notbetreuung greifen, bei grün und gelb haben die Kitas geöffnet – bei gelb gilt der Appell, davon nur bei Notwendigkeit Gebrauch zu machen. Über die Ampelfarbe entscheidet eine Kombination aus 7-Tage-Inzidenz, Veränderungen zur Vorwoche und Klinikauslastung. Wir begrüßen dieses neue System und werden genau beobachten, ob dieses nun verlässlich und langfristig zur Anwendung kommt.

Familien und Kinder brauchen endlich die Sicherheit, dass angekündigte Maßnahmen auch Bestand haben. Darüber hinaus fordern wir weiterhin ein Konzept vom Land, wie der Kitabetrieb auch unter Pandemiebedingungen sicher aufrechterhalten werden kann – für Familien und für Beschäftigte, die ebenfalls nicht hinten runterfallen dürfen. Die Erledigung dieser Hausaufgaben wurde im Sommer versäumt.

Tina Lange, stellv. Fraktionsvors.

Erweiterung des Potsdam Museums

Das Potsdam Museum ist der Speicher der Potsdamer Kultur- und Stadtgeschichte. Um seine Rolle als Stadtmuseum zu stärken, bedarf es zusätzlicher Räume für eine dauerhafte Ausstellung seiner vielfältigen Exponate. Potsdam braucht einen Ort für lokale und regionale Kunst.

Bei einer Ansiedlung solcher Räumlichkeiten im neuen KreativQuartier, entstehen Synergieeffekte mit der Kultur- und Kreativwirtschaft zum beiderseitigen Nutzen der Akteure. Innovative Ausstellungskonzepte und Formate können neue Perspektiven und Zielgruppen erschließen. Ein gutes Beispiel dafür war eine Licht-Installation und audiovisuelle Performance des Potsdamer Multi-Media-Teams Xenorama zum Werk des brandenburgischen Impressionisten Karl Hagemeister, welches die Werke in einem neuen Licht präsentierte.

Die Zeit drängt, da sich das Projekt des KreativQuartiers in einem fortgeschrittenen Planungsstadium befindet. Für das Potsdam-Museum, das das kulturellen Gedächtnis der Stadt darstellt, muss Planungssicherheit geschaffen werden. Aus diesem Grund beauftragen wir den Oberbürgermeister zu untersuchen, wie die geplante Erweiterung des Potsdam Museums im Sinne eines Standorts für die regionale Kunst in das neue Kreativ-Quartier eingeordnet werden kann. Dafür ist ein entsprechendes Umsetzungskonzept zu erarbeiten.

Sascha Krämer, Stadtverordneter, Mitgl. im Kulturausschuss

Das Brandenbuch ist wieder da

Im Dezember 2015 erschien das Brandenbuch zum ersten Mal. Aufgrund großer Nachfrage wurde es fast sofort nachgedruckt. Jetzt liegt die dritte aktualisierte Ausgabe vor. Der Änderungsbedarf war groß, viel hat sich in den letzten fünf Jahren in Brandenburg getan. Das Buch zeigt die Geschichte des Landes und die Identität seiner Bewohner - frei von Klischees, aber nicht frei von Humor.

Das Brandenbuch gibt es für 2 Euro unter www.politische-bildung-brandenburg.de

Filmmuseum startet mit virtuellem Kinosaal

Das Filmmuseum Potsdam wird fortan sein monatliches Kinoprogramm im Marstall durch ein Online-Angebot ergänzen. Seit dem 15. Januar findet man auf der Video-on-Demand-Plattform "Kino2online" Stummfilmraritäten, aktuelle Produktionen und Seitenblicke zu den Ausstellungen, Reihen und Themen des Filmmuseums.
Das Programmangebot wechselt monatlich. Die Filme können zu moderaten Preisen (1 bis 4 Euro) geliehen werden. Sie stehen 48 Stunden lang zur Sichtung bereit. Kostenlose Beiträge wie Einführungen, Filmgespräche oder Trailer ergänzen das Angebot.
Regelmäßigen Nutzern wird das Freundschaftsabo empfohlen. Es bietet Zugang zu allen Filmen online und berechtigt zum ermäßigten Eintritt an der Kinokasse im Marstall. Das Freundschaftsabo kostet einmalig 36 Euro, ist ab Kaufdatum ein Jahr lang gültig und verlängert sich nicht automatisch.
Die vollständige Version – mit der Möglichkeit sich anzumelden und Filme zu sichten – wurde am 15.1.2021 online gestellt.

Stadtverwaltung wird mobiler

Mit einem sogenannten Remote-Zugriff ist es Mitarbeitern der Stadtverwaltung seit kurzem möglich, vom eigenen Heim-PC aus über eine verschlüsselte Verbindung mit ihrem Computer in der Verwaltung in Verbindung zu treten. Somit können sie auf die IT-Services, Anwendungen und Daten der Stadtverwaltung mobil zugreifen.
Gut 1.000 Nutzer wurden bereits freigeschaltet, Bedarfsmeldungen von weiteren 200 liegen noch vor.
„Das Verfahren läuft technisch reibungslos“, berichtet Thomas Morgenstern-Jehia, Fachbereichsleiter E-Government.
„Für die Beschäftigten, die privat die technischen Voraussetzungen nicht mitbringen, werden derzeit den Geschäftsbereichen 300 Mietnotebooks übergeben.”.
Bis zu 1.600 weitere Geräte sollen noch beschafft werden.

Mit neuen sozialen Mehrheiten - Hartz IV beerdigen

Wenn Hubertus Heil im Spiegel-Interview ankündigt, dass er aus Hartz IV "ein soziales Bürgergeld" machen möchte, für das sich niemand schämen muss, der es „braucht", dann ist das inhaltlich zu begrüßen. Es hat aber auch einen zynischen Beiklang: Für Hartz IV müssen sich nämlich nicht die Betroffenen schämen, sondern die bisherigen Bundesregierungen. Hartz IV bedeutet Armut und Ausschluss von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie bürokratische Gängelung. Sie betrifft Kinder, Rentner*innen, aufstockende Geringverdiener und Erwerbslose gleichermaßen.
DIE LINKE reklamiert seit der Einführung von Hartz IV Sanktionsfreiheit und ein Ende des Kleinrechnens der Regelsätze. Wir fordern eine sanktionsfreie Mindestsicherung sowie eine Kindergrundsicherung, die jedes Kind sicher vor Armut schützt.
Die Vorschläge von Herrn Heil könnte man als zaghafte Schritte in diese Richtung sehen. Wie entschieden er sie gehen will, bleibt allerdings abzuwarten. Denn auch Hubertus Heil hat als Minister mit willkürlichen Abschlägen das Kleinrechnen der Regelsätze weiter betrieben. Die Lockerung des Sanktionsregimes hat das Bundesverfassungsgericht dem Minister aufgetragen. Grundsätzlich hält Heil im Interview an ihnen fest. Ob das aus Rücksicht auf den Koalitionspartner geschieht oder aus eigener Überzeugung, ist letztlich egal. Mit der SPD in dieser GroKo ist keine Politik zu machen, die Armut bekämpft.
Erhellend ist die Reaktion der Union auf diesen Vorstoß. Obwohl Heil konkret nur kleine Korrekturen ankündigt, geht die Union auf die Barrikade. Das zeigt noch mal, dass jede Regierung mit der Union den notwendigen sozialen Fortschritt blockieren wird. Für einen echten Abschied vom Hartz IV-System braucht es neue soziale Mehrheiten im Bundestag und den Druck aktiver Selbstorganisationen. *k.k.*

Rente 2021 - was kommt, was sich ändert, was bleibt



FOTO: pixabay

2021 bringt eine Reihe von Neuerungen in der gesetzlichen Rentenversicherung. So kommt u.a. der Grundrente genannte Zuschlag zur Rente. Die Umsetzung des Gesetzes ist jedoch mit erheblichem Verwaltungsaufwand verbunden, teilt die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg mit. Deshalb werden die ersten Grundrentenbescheide voraussichtlich erst ab Juli 2021 versandt.

Die Grundrente muss nicht beantragt werden, Berechnung und Zahlung erfolgen automatisch, es besteht kein Handlungsbedarf für Rentner, Beträge, auf die ab Januar 2021 ein Anspruch besteht, werden nachgezahlt. Weitere Änderungen:

Altersgrenzen werden angehoben
Die Altersgrenze für die reguläre Altersrente steigt zu Beginn des nächsten Jahres auf 65 Jahre und zehn Monate. Das ist Teil der regelmäßigen Anhebung, bis 2031 die reguläre Altersgrenze von 67 Jahren erreicht ist. Auch bei der abschlagsfreien „Rente ab 63“ für besonders langjährig Versicherte (45 Beitragsjahre oder mehr) steigt die Altersgrenze für 1958 Geborene auf 64 Jahre. Für diejenigen, die später geboren wurden, erhöht sich das Eintrittsalter weiter, bis 2029 dann die Altersgrenze von 65 Jahren erreicht sein wird.

Beitragssatz stabil, Beitragsbemessungsgrenze steigt
Der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung wird auch 2021 weiter bei 18,6 Prozent in der allgemeinen Rentenversicherung liegen. Dagegen steigt die Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung in den alten Bundesländern und dem früheren West-Berlin von monatlich 6.900 auf 7.100 Euro und in den neuen Bundesländern von monatlich 6.450 auf 6.700 Euro. Auch der monatliche Höchstbetrag zur freiwilligen Versicherung steigt von 1.283,40 Euro auf 1.320,60 Euro, der Mindestbeitrag bleibt mit 83,70 Euro monatlich unverändert.

Höherer Steueranteil für Neurentner
Wer 2021 in den Ruhestand geht, muss einen höheren Anteil seiner Rente versteuern: der steuerpflichtige Rentenanteil steigt von 80 auf 81 Prozent. Bei Bestandsrenten bleibt der festgesetzte steuerfreie Rentenbetrag bestehen. Wer ab 2040 in Rente geht, dessen Rente wird komplett steuerpflichtig sein.

Beratung - telefonisch und online
Für Fragen steht die telefonische Beratung der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg auch „zwischen den Jahren“ und an den ersten Arbeitstagen im neuen Jahr unter der kostenlosen Rufnummer 0800 1000 48025 zur Verfügung. Anträge können online unter [www.eservice-drv.de] und im Rahmen einer zuvor mit einer Auskunfts- und Beratungsstelle terminierten telefonischen Beratung sogar telefonisch gestellt werden.

k.k.

Keine Verhandlungen mit den Hohenzollern!

*Seit Jahren wird über die Rückgabeforderungen der Hohenzollern diskutiert. Nach Veröffentlichung diverser Gutachten von Historiker*innen, die die Rolle des Kronprinzen von Preußen bei der Machtergreifung der Nazis beleuchteten, sowie der Befassung des Bundestages mit dem Themenkomplex, debattierte nun auch der Brandenburgische Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur am 20.01.2021 auf Antrag der Linksfraktion die Forderungen der Hohenzollern. Was dabei rauskam, berichtet ISABELLE VANDRE, kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Brandenburger Landtag:*



Hat der Kronprinz von Preußen den Nationalsozialisten erheblichen Vorschub geleistet? Diese Frage ist nach wie vor Dreh- und Angelpunkt in der Auseinandersetzung um die Rückgabe- und Entschädigungsforderungen des Hauses Hohenzollern. Auf diese hätten sie nach dem Ausgleichsleistungsgesetz von 1994 nur Anspruch, wenn keine Vorschubleistung des Kronprinzen erfolgte. Gerade in dieser wesentlichen Frage gab es in den vergangenen Wochen Bewegung, als Prof. Christopher Clark, Preußenexperte und Professor an der University of Cambridge, öffentlich machte, dass der Kronprinz entgegen seiner bisherigen Einschätzungen in wesentlichem Maße zur Schwächung der Weimarer Republik und damit zur Abschaffung der Demokratie beigetragen hatte. In unserer Podiumsdiskussion am Vorabend der Ausschusssitzung, zu der wir neben Prof. Dr. Clark auch Prof. Dr. Schlotheuber, die Vorsitzende des Deutschen Historikerverbandes, gewinnen konnten, wurde deutlich: es gibt keinen Historiker*innenstreit über die Rolle des Kronprinzen, denn er war ein Gegner der Demokratie und hat durch sein Handeln dem Nationalsozialismus erheblichen Vorschub geleistet. Tatsächlich ausurteilen kann das allerdings nur ein Gericht. Doch statt es darauf ankommen zu lassen und somit die Forderungen der Hohenzollern endgültig zurückzuweisen, befinden sich der Bund und die Länder Berlin und Brandenburg mit Georg Friedrich Prinz von Preußen seit mehreren Jahren in Verhandlungen. Einzig Christian Görke verließ in seiner damaligen Position als Finanzminister den Verhandlungstisch und forderte die Wiederaufnahme der gerichtlichen Auseinandersetzung ein. Diesen Kurs hat die aktuelle Finanzministerin Lange (SPD) jedoch wieder verlassen und ist gewillt eine außergerichtliche Einigung zu erzielen. Das ist für uns jedoch aus mehreren Gründen der falsche Weg:

1.) Wir brauchen eine juristische Klärung über die Frage der Vorschubleistung, um die Forderungen endgültig zurückweisen zu können.

2.) Die über 120 Unterlassungsbegehren, die Georg Friedrich Prinz von Preußen gegen Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und Politiker*innen rechtlich vorgebracht hat, zeugen aus meiner Sicht nicht von Interesse an einer offenen, gesellschaftlichen Auseinandersetzung zum Agieren und Wirken des Hauses Hohenzollern. Aufgabe der Politik ist es jedoch, diesen Diskurs sowie die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Journalismus sicherzustellen. Sich vor dem Hintergrund seines Agierens mit Georg Friedrich Prinz von Preußen an einen Verhandlungstisch zu begeben, ist ein nicht akzeptables Entgegenkommen. Hier bedarf es einer klaren Haltung.

3.) Tatsächlich sind nur ca. 90 der mehreren Tausend Kulturgüter mit Sicherheit Dauerleihgaben des Hauses Hohenzollern. Für den weit größeren Teil sind die Eigentumsverhältnisse zumindest komplexer. Das öffentliche Interesse am freien Zugang zu den Schlössern, Kunstwerken und Kulturgütern werden wir daher nicht durchsetzen können, wenn die betroffenen Konvolute in Verhandlungen miteinander vermengt werden.

Isabelle Vandre, MdL
FOTO: Landtagsfraktion

Aufsicht durch Behörden in der Tierhaltung muss gestärkt werden

Zu den aktuell aufgedeckten Missständen in einem Schlachtbetrieb und einer Schweinehaltung in Brandenburg erklärt die verbraucherpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, MARLEN BLOCK:

*Es ist nicht hinnehmbar, dass gravierende Verstöße gegen Tierschutzbestimmungen immer wieder nur durch versteckte Aufnahmen von Tierschutzorganisationen ans Licht kommen. Das bedeutet ein Totalversagen der behördlichen Kontrollen. Das Kontrollsystem ist offenbar nicht geeignet, Missstände zu beseitigen. Ohne die Tierhalter*innen unter Generalverdacht stellen zu wollen, fragt man sich jedoch: Was ist eigentlich in denjenigen Haltungen los, in denen keine versteckten Kameras installiert sind?*

*Kontrollen müssen viel häufiger und auch unangekündigt stattfinden und es muss klar sein, wie bei der Feststellung von Verstößen vorgegangen wird. Die Landesregierung ist gefragt, den vor Ort zuständigen kreislichen Veterinärbehörden verbindliche Leitlinien an die Hand zu geben. Das nutzt sowohl dem Tierschutz als auch den verantwortungsbewussten Tierhalter*innen, die sich an die Vorschriften halten.*

Kinderrechte: Ende gut, alles gut?

Seit langem fordern Kinderrechtsverbände die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz. Bisher werden die besonderen Bedürfnisse und Interessen von Kindern und die Rechte, die sich daraus ableiten, in der Verfassung nicht gewürdigt. Kinder finden im Grundgesetz lediglich als Objekt elterlicher und staatlicher Fürsorge Platz. Nach Jahrelangem Ringen haben sich Union und SPD auf eine Formulierung für die Aufnahme der Kinderrechte verständigt.

Bereits 2001 brachte die PDS-Fraktion einen entsprechenden Vorschlag ein. Im Fokus des damaligen Gesetzesentwurfes stand, deutlich zu machen, dass Kinder überhaupt Träger von Rechten sind. Auch wenn der Vorschlag damals wenig überraschend abgelehnt wurde: Die Diskussion war nicht mehr zu stoppen. Auch Grüne und SPD übernahmen die Forderung. Doch für eine Verfassungsänderung fehlte stets die notwendige Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat. Die Union positionierte sich klar gegen die Forderung. Sekundiert von konservativen christlichen Verbänden warnten CDU und CSU davor, das Recht von Eltern ihre Kinder zu erziehen, könne ausgehöhlt werden. Umso überraschender war es dann, dass 2017 die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz erst Teil des Wahlprogramms der Unionsparteien und dann auch des Koalitionsvertrages mit der SPD wurde.

Zwar war nun die Absicht bekundet, doch wie die Formulierung im Detail aussehen sollte, blieb weiterhin offen. Die Diskussion hatte sich seit dem ersten Vorstoß der PDS deutlich weitergedreht. Es sollte nicht mehr nur darum gehen, Kinder überhaupt als Rechtsträger kenntlich zu machen. Vielmehr sollte auch klargestellt werden, welche besonderen Rechte Kinder besitzen. Um das auszuloten, setzte die Koalition eine Arbeitsgruppe ein. Diese stand erst kurz vor dem Scheitern, um anschließend nicht einen, sondern gleich drei Vorschläge zu präsentieren. Justizministerin Christine Lambrecht (SPD) machte sich auf der Suche nach einem Kompromiss mit den nach wie vor skeptischen Unionsvertretern den weichsten der drei Vorschläge zu eigen. Doch auch der ging vielen in der Union wohl noch zu weit.

Insbesondere das Recht von Kindern, an allen Angelegenheiten, die sie betreffen, auch beteiligt zu werden und der Vorrang des Kindeswohls trafen bei den Konservativen immer wieder auf Widerstand. Beides findet sich im nun vorgestellten Vorschlag auch nicht wieder. Der Vorrang des Kindeswohls wird eingeschränkt und ist nur noch „angemessen zu berücksichtigen“. Vom Recht auf Beteiligung ist gleich gar nicht mehr die Rede. Es wird auf ein Recht auf rechtliches Gehör reduziert.

Damit fällt der Vorschlag weit hinter die Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention zurück. Union und SPD nehmen damit ein Scheitern ihres Vorschlages in Kauf. Denn für eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag brauchen sie LINKE und Grüne. Unsere Zustimmung wird es aber nur geben, wenn eine Grundgesetzänderung die Stärkung der Kinderrechte insbesondere bezüglich Förderung, Beteiligung und Schutz beinhaltet. Der nun vorgelegte Vorschlag ist ein herber Rückschlag auf dem langen Marsch zur Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz. Wie und wann dieser Weg zu Ende geht, ist aber nach wie vor offen.

Norbert Müller, MdB, kinder- und jugendpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

DDR-Kunst kehrt zurück



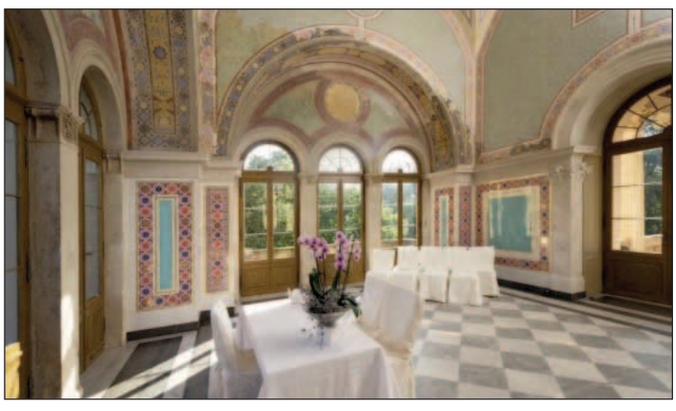
Im Sportpark Luftschiffhafen wurden aufgrund mehrerer Modernisierungsmaßnahmen in den letzten Jahren etliche Exponate diverser DDR-Künstler eingelagert. Nach Fertigstellung der neuen Schulsporthalle am Luftschiffhafen sollen sie erneut im öffentlichen Raum präsentiert werden. Bis dahin ist seit Anfang Januar eine Ausstellung mit Werken der Künstlerin Dorothea Nerlich und des Bildhauers Wolfgang Knorr im Foyer der MBS-Arena zu sehen.
„Wir sind in der glücklichen Lage, dass wir über ein Kunsterbe im Sportpark Luftschiffhafen verfügen, welches wir wieder beleben wollen! Die vorhandenen und gesicherten Werke waren und sind ein wichtiger Bestandteil der Geschichte dieses Geländes, die wir auch in Zukunft gebührend in den Sportpark integrieren möchten", so Dirk Wolfgramm, Geschäftsführer der Luftschiffhafen Potsdam GmbH.
Neben den Exponaten der genannten Künstler wird auch die Bronzebüste von Turnvater Friedrich Ludwig Jahn präsentiert.

Bronzebüste von Turnvater Friedrich Ludwig Jahn / Foto: ProPotsdam

Heiraten im Belvedere - Anmeldung wieder möglich

Unter ungewöhnlichen Umständen gaben sich im Belvedere auf dem Pfingstberg im letzten Jahr 70 Paare das Ja-Wort - auf Abstand bedacht und mit beschränkter Gästezahl. Ca. 30 Hochzeiten wurden im ersten Lockdown abgesagt bzw. verschoben.
Paare, die sich für eine standesamtliche Trauung im Belvedere in der Saison 2021 interessieren, können sich ab sofort mit dem Standesamt Potsdam in Verbindung setzen.
Telefonisch erreichbar sind die Mitarbeiterinnen unter (0331) 28 91 742 oder -43. Auskunft zu weiteren Angeboten im Belvedere, gibt der Förderverein Pfingstberg unter der Telefonnummer (0331) 20 05 79 30.

Maurisches Kabinett
Foto: SPSG_Foto, Leo Seidel



2020 war ein rekordwarmes Jahr

2020 war das zweitwärmste Jahr in Deutschland seit Beginn systematischer Wetteraufzeichnungen. Das stellt der Deutsche Wetterdienst (DWD) fest. Im zurückliegenden Jahrzehnt trat demnach eine Häufung sehr warmer Jahre auf, im Vergleich zur Referenzperiode 1961-1990 war das Jahrzehnt insgesamt 2°C wärmer.

Dazu der Erdsystemwissenschaftler Johan Rockström, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung: "Es geht nicht darum, dass ein Jahr rekordwarm war - es geht um den Trend der Erwärmung, angetrieben durch Treibhausgase aus fossilen Brennstoffen. Wir blicken zurück auf ein erschreckend warmes Jahrzehnt, mit einer erschreckenden Menge von Extremereignissen: Dürren in den USA, Buschbrände in Australien, die Liste ist lang. Die Wissenschaft zeigt sehr klar, dass wir unsere eigenen Lebensgrundlagen gefährden, wenn wir unseren Planeten weiter aufheizen; nie zuvor in der Geschichte der menschlichen Zivilisation hatten wir eine solche Erwärmung. Während jährliche Temperaturen schwanken können, wird der Erwärmungstrend weitergehen, wenn wir unseren Ausstoß von CO_2 nicht rasch reduzieren. Wir können die Reduzierung schaffen, aber wir müssen wirklich jetzt damit anfangen."

Foto: stux, pixabay





Das Alexander-Haus mit einem Jahresrückblick

Das Alexander-Haus am Ufer des Groß Glienicker Sees wird Stück für Stück zu einem Ort für Bildung und Versöhnung entwickelt. Der erste Schritt, die Restaurierung des Sommerhauses, ist fast abgeschlossen und auch darüber hinaus hat der Verein im Jahr 2020 Einiges auf die Beine gestellt, so u.a. die Veröffentlichung des Bilderbuches "Sommerhaus am See" und die Veranstaltung eines Kreativ-Camps.